

## Nichtamtliche Übersetzung

# EUOPARAT

MINISTERKOMITEE

### **Empfehlung Nr. R (2000) 9 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über den vorübergehenden Schutz**

*(angenommen vom Ministerkomitee  
am 3. Mai 2000,  
anlässlich der 708. Sitzung der Ministerdelegierten)*

Das Ministerkomitee gestützt auf Artikel 15.b der Satzung des Europarates,

In Erinnerung an die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950, das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 und das Protokoll dazu von 1967 sowie die anderen einschlägigen internationalen Instrumente;

Eingedenk der Schlussfolgerungen der ausserordentlichen Sitzung des *Ad-hoc*-Expertenausschusses über die rechtlichen Aspekte des Territorialasyls, der Flüchtlinge und der Staatenlosen (CAHAR) über den Kosovo von 1999, der Empfehlung Nr. R (99) 23 des Ministerkomitees über die Familienzusammenführung für Flüchtlinge und andere Personen, die des internationalen Schutzes bedürfen, sowie der Schlussfolgerung Nr. 22 (XXXII) von 1981 über den Schutz der Asylsuchenden bei Massen-fluchtsituationen und der Schlussfolgerung Nr. 85 (XLIX) von 1998 über den internationalen Schutz des Exekutivausschusses des Programms des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR);

Mit Rücksicht auf die Empfehlung 1348 (1997) der parlamentarischen Versammlung über den vorübergehenden Schutz der Menschen, die aus ihrem Land fliehen müssen;

Darum besorgt, die Institution des Asyls zu schützen und den Menschen, die des internationalen Schutzes bedürfen, die Möglichkeit zu gewährleisten, dass sie um diesen Schutz nachsuchen und ihn unter absoluter Achtung ihrer Grundrechte und Würde geniessen können;

In Erwägung, dass die Mitgliedstaaten in Situationen von Massenflucht und plötzlichem Zuströmen von Menschen, die des internationalen Schutzes bedürfen, die Verabschiedung von Massnahmen des vorübergehenden Schutzes beschliessen könnten;

Betonend, dass der vorübergehende Schutz eine praktische und zeitlich beschränkte Ausnahmemassnahme bildet und die im Abkommen von 1951 und seinem Protokoll von 1967 verankerte Schutzordnung ergänzt;

Feststellend, dass es unter den Nutzniessern des vorübergehenden Schutzes Flüchtlinge im Sinne des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 geben kann und dass die Gewährung des vorübergehenden Schutzes die Anerkennung des Flüchtlingsstatus in Anwendung dieser Instrumente nicht beeinträchtigen darf;

Betonend, dass zwar die internationale Solidarität in Situationen von Massenflucht und plötzlichem Zuströmen Vorrang hat, jedoch die Pflichten des Staates bezüglich des Schutzes, der auf dem Grundsatz des Non-Refoulements beruht, nicht vom Abschluss von Vereinbarungen über die Aufteilung der Lasten zwischen den Staaten abhängen;

Betonend, dass die sichere und würdige Rückkehr ins Herkunftsland erleichtert werden muss und die freiwillige Rückkehr vorzuziehen ist;

Mit dem Wunsch, für die Betroffenen bestimmte Mindestgarantien einzuführen gegenüber den Mitgliedstaaten, die die Massnahmen des vorübergehenden Schutzes anwenden oder solche anwenden möchten,

Beschliesst die folgenden Empfehlungen:

1. Menschen, die des internationalen Schutzes bedürfen, sollten zu ihrer Sicherheit mit einem Minimum an Formalitäten im ersten Land aufgenommen werden, in dem sie Zuflucht suchen.

Die Gewährung eines solchen Schutzes durch einen Staat darf die Möglichkeit einer späteren Aufnahme in einem Drittstaat nicht ausschliessen. Diese Menschen sollten unter absoluter Achtung ihrer Grundfreiheiten und Grundrechte behandelt werden. Entscheiden die zuständigen staatlichen Behörden, einen vorübergehenden Schutz einzurichten, so sollten sie das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR) konsultieren.

2. Die Nutzniesser des vorübergehenden Schutzes sollten schnell registriert werden, und es sollte ihnen bewilligt werden, sich für die Dauer der geltenden Massnahmen des vorübergehenden Schutzes auf dem Gebiet des Aufnahmelandes aufzuhalten. Ihre Bewegungsfreiheit auf dem Gebiet des Aufnahmelandes sollte nicht unnötig eingeschränkt werden.

3. Die Nutzniesser eines vorübergehenden Schutzes sollten mindestens Zugang haben:

- zu angemessenen Mitteln für den Lebensunterhalt, einschliesslich Unterkunft;
- zu angemessener Gesundheitspflege;
- zu Bildung für ihre Kinder; und
- zum Arbeitsmarkt gemäss der innerstaatlichen Gesetzgebung.

4. Bezüglich der Familienzusammenführung der Nutzniesser eines vorübergehenden Schutzes, die nicht an einem anderen Ort ein normales Familienleben führen können, sollte gegebenenfalls die Empfehlung Nr. R (99) 23 des Ministerkomitees anwendbar sein.

5. Auf die besonderen Schutz- und Unterstützungsbedürfnisse der schutzbedürftigen Menschen soll soweit möglich eingegangen werden.

6. In einem Geist der internationalen Solidarität und der Bemühung um Erleichterung der von den Aufnahmeländern getragenen Last sollten die Mitgliedstaaten geeignete Kooperationsmassnahmen treffen. Diese Kooperation sollte auf der einen Seite zwischen den verschiedenen Aufnahmeländern zum Zweck des vorübergehenden Schutzes eingerichtet werden und auf der anderen Seite zwischen den Aufnahme- und den Herkunftsländern bezüglich der sicheren und würdigen Rückkehr der Betroffenen und ihrer Integration im Herkunftsland.

7. Eine Kooperation zwischen den Staaten bezüglich der Vorbereitung auf Notsituationen würde die internationale Solidarität bei Situationen von Massenflucht und plötzlichen Zuströmen erleichtern. Die Mitgliedstaaten, die mit solchen Situationen konfrontiert sind, können entscheiden, ob sie sich für eine rasche Konsultation an das Ministerkomitee wenden wollen.

8. Erlaubt das innerstaatliche Recht den Aufschub der Prüfung, so sollten die Einzelgesuche um Flüchtlingsstatus spätestens dann nach den Modalitäten geprüft werden, die die innerstaatliche Gesetzgebung vorsieht, wenn die Anwendbarkeit der Massnahmen des vorübergehenden Schutzes endet. In jedem Fall sollte dieser Aufschub der Prüfung von Gesuchen nicht länger dauern, als die ausserordentlichen Umstände dies sinnvollerweise rechtfertigen.

9. Die Anwendung der Massnahmen des vorübergehenden Schutzes endet mit dem Entscheid der zuständigen Behörden des Aufnahmelandes, sobald sich die Lage im Herkunftsland, die eine plötzliche Massenflucht ausgelöst hat, auf eine Weise verändert hat, die eine sichere und würdige Rückkehr der Menschen erlaubt, die unter diese Massnahmen fallen.

10. Verändern sich die massgebenden Umstände im Herkunftsland längere Zeit nicht, so endet die Anwendung der Massnahmen des vorübergehenden Schutzes ebenfalls mit dem Entscheid der zuständigen Behörden des Aufnahmelandes, den Betroffenen langfristige, mit angemessenen Rechten ausgestattete Lösungen anzubieten.

11. Bei einer Aufhebung der Massnahmen des vorübergehenden Schutzes sollten die zuständigen Landesbehörden das UNHCR konsultieren.

12. Die Mitgliedstaaten sollten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die freiwillige Rückkehr der Menschen erleichtern, für die der vorübergehende Schutz abgelaufen ist. Der Rückkehrentscheid dieser Personen muss in Kenntnis der Sache getroffen werden. Es sollte gegebenenfalls die Möglichkeit vorgesehen werden, sich zu einem Besuch ins Herkunftsland zu begeben.

13. Das Recht auf Rückkehr ins Herkunftsland muss von allen Staaten beachtet werden. Die Herkunftsländer sollten die zurückkehrenden Menschen würdig und unter vollumfänglicher Berücksichtigung der Menschenrechte behandeln.

14. Beim Entscheid über die Rückkehr der Betroffenen sollten die Mitgliedstaaten die zwingenden humanitären Gründe berücksichtigen, aus denen diese Rückkehr in Einzelfällen unmöglich oder nicht zumutbar ist.